Schriftlicher Bericht

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Generationengerechtigkeit (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2018)

Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2023

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 18/2273

Berichterstattung: Abg. Christian Fühner (CDU)

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt in der Drucksache 18/2273 mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen von SPD und CDU, den Gesetzesentwurf abzulehnen. Die Ausschussmitglieder der Fraktionen von FDP und AfD haben dagegen gestimmt, das Ausschussmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich der Stimme enthalten. Die mitberatenden Ausschüsse (für Rechts- und Verfassungsfragen, Haushalt und Finanzen, Inneres und Sport, Wissenschaft und Kultur sowie der Kultusausschuss) haben sich dieser Empfehlung mit denselben Abstimmungsergebnissen angeschlossen.

Der Gesetzesentwurf ist bereits in der Plenarsitzung am 13. November 2018 beraten worden und sein Inhalt daher bekannt. Er zielt auf eine Netto-Schuldentilgung in Höhe von einer Milliarde Euro, auf ein Instandsetzungs- und Sanierungsprogramm zugunsten der Kommunen über 470 Millionen Euro sowie auf eine Zuführung zum Sondervermögen für die Hochschulen von weiteren 200 Millionen Euro.

Ergänzend zur Plenarberatung wies das Ausschussmitglied der antragstellenden FDP-Fraktion darauf hin, dass mit dem Gesetzesentwurf eine parlamentarische Debatte über die Verwendung des erwarteten Überschusses aus dem Haushaltsabschluss 2018 herbeigeführt werden solle. Gegenüber den Hinweisen auf das schon vorhandene kommunale Investitionsprogramm sei anzumerken, dass allein der Sanierungsbedarf für die Schultoiletten auf eine Milliarde Euro geschätzt werde. Eine rasche Sanierung wirke auch als Vorbeugung gegenüber den dort öfters ausgelebten zerstörerischen Tendenzen.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion wies demgegenüber darauf hin, dass es hier um eine kommunale Aufgabe gehe und dass der letzte kommunale Finanzbericht eine deutliche Besserungstendenz erkennen lasse. Auch der eher schleppende Mittelabfluss aus dem kommunalen Investitionsprogramm lasse keinen kommunalen Sanierungsstau in der behaupteten Höhe vermuten.

Ein Ausschussmitglied der SPD-Fraktion warf demgegenüber die Frage auf, ob mit der im Gesetzesentwurf vorgesehenen Schuldentilgung in Höhe von einer Milliarde Euro tatsächlich alle Investitionsmaßnahmen abgelehnt würden, welche die Landesregierung zur Verwendung der einmaligen Zahlung des Volkswagenkonzerns zum Ausgleich der Vermögensvorteile aus der Dieselfläre beschlossen habe.

Das Ausschussmitglied der AfD-Fraktion betonte, dass Schuldentilgung und Bildungsinvestitionen beide ihren guten Sinn hätten, und sprach sich dafür aus, eine Verstetigung der Altschuldentilgung verbindlich zu regeln.

Das Ausschussmitglied der Fraktion der Grünen befürwortete gegenüber der Bildung von Sondervermögen eine höhere Schuldentilgung und sprach sich im Übrigen dafür aus, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen grundsätzlich zu überprüfen, um fortlaufende bereichsspezifische Leistungen des Bundes an die Länder zu vermeiden, mit denen die Verantwortlichkeiten auf den jeweiligen Politikfeldern verwischt würden. Dabei müsse besonders die entstandene Unterfinanzierung des Bildungsbereichs behoben und durch einen Rechtsanspruch auf auskömmliche Bildungsfinanzierung ergänzt werden.

(Verteilt am 07.12.2018)